



**Deutscher Fischerei-Verband e.V.**  
Union der Berufs- und Angelfischer



**Deutscher Hochseefischerei-Verband e.V.**  
Mitglied im Deutschen Fischerei-Verband

Venusberg 36 - 20459 Hamburg  
Telefon: 040 31 48 84 Fax: 040 319 44 49  
[info@deutscher-fischerei-verband.de](mailto:info@deutscher-fischerei-verband.de)

Datum: 15.07.2021/ch

## PRESSEMITTEILUNG

### **Eskalation im Fischereistreit: Norwegen droht, EU-Fischer und ihre Fahrzeuge in Arrest zu nehmen.**

**– EU erwägt „Maßnahmen“ gegen Norwegen –**

**– Norwegen will einseitig EU-Kabeljauquote kürzen und hat eigene Makrelenquote im Alleingang zu Lasten der EU um rund 100.000 t erhöht –**

Der Präsident des Deutschen Fischerei-Verbandes, Dr. Gero Hocker, und Betriebe der deutschen und europäischen Hochseefischerei haben heute die Öffentlichkeit über beunruhigende Entwicklungen im Fischereistreit der EU mit Norwegen unterrichtet.

Die norwegische Regierung nutzt zurzeit das Momentum nach dem Ausscheiden von Großbritannien aus der EU (Brexit) aus und versucht, die eigenen Fangquoten zu erhöhen. Während die EU ein grundsätzliches Abkommen mit Norwegen über Zugang und Quotenverteilung aushandeln konnte, scheiterten die Verhandlungen der Norweger mit den Briten. In dieser Situation hat Norwegen unter Betonung seiner Hoheitsansprüche über die Region Spitzbergen die Kabeljauquote der EU einseitig um 7.000 t gesenkt. Außerdem hat Norwegen verkündet, seine Makrelenquote einseitig um 106.456 t zu erhöhen. Andere Anrainerstaaten im Nordatlantik wie z. B. die Färöer Inseln und Grönland verfolgen die Entwicklung aufmerksam und sehen darin ein Präjudiz für eigene Maßnahmen zu Lasten der Fangmöglichkeiten der EU. Da im Rahmen einer nachhaltigen Bewirtschaftung die Gesamtfangmengen nicht steigen, würde daraus eine dauerhafte Verringerung der Fischereimöglichkeiten der EU resultieren.

Die Zuspitzung der Lage wird spätestens Ende August dramatisch, weil dann die EU-Fischer aus Deutschland, Spanien, Portugal, Frankreich und Polen die Quote ausgeschöpft hätten, die ihnen Norwegen noch zugestehen will. Sie sind jedoch im Besitz einer legalen Fangerlaubnis im Rahmen der EU Quotenverordnung 2021/703, die auch von der EU als rechtmäßige Grundlage für eine Fortsetzung der Fischerei angesehen wird. Nachdem der Austausch von Verbalnoten über die unterschiedlichen Standpunkte keine Lösung gebracht hat, steht die Drohung Norwegens im Raum, die Fahrzeuge aus 5 EU-Ländern zu arrestieren. Dieses Szenario gewinnt nun an Wahrscheinlichkeit.

Sollte die EU in dieser Situation die legitimen Rechte der EU-Bürger nicht verteidigen, drohen dauerhafte Verluste von Fangrechten mit einem Gesamtwert von mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr. Wenn die EU hier nicht mit Nachdruck seine Interessen wahr, würde es im internationalen Raum als ein Signal der Schwäche aufgefasst. Das könnte weitere Staaten ermutigen, sich zu Lasten der EU Vorteile in anderen Meeresgebieten zu verschaffen. Das ist die einhellige Meinung der Fischereivertreter aus den betroffenen EU-Ländern. Auch Norwegen könnte es als Bestätigung seiner einseitigen Maßnahmen sehen und sich in weiteren Schritten zusätzliche Quotenanteile in Spitzbergen nehmen.

Für die europäische Fischerei steht durch dieses Vorgehen der Norweger das Nachhaltigkeitsprinzip auf dem Spiel. „Weil der zu verteilende Fischbestand nicht größer wird, muss irgendjemand für diese Selbstbedienungsaktionen der Norweger die Zeche zahlen. Es kann nicht sein, dass die EU das einfach so hinnimmt. Am Ende müssen wir dann den Fisch von Norwegen kaufen, den wir vorher selber gefangen haben. Das kostet viele Jobs und ist absolut nicht akzeptabel“ fasst Präsident Hocker die Lage zusammen.

Die Fischereivertreter hoffen auf tatkräftige Aktivitäten der EU, um eine Eskalation zu vermeiden und die legitimen Rechte der EU-Bürger zu wahren. Die Bundesregierung wird ermuntert, ihre bisherige starke Positionierung und Einflussnahme in Brüssel beizubehalten.

Kontakt:

Dr. Peter Breckling  
Deutscher Fischerei-Verband e. V.  
0173 9756419

Dr. Uwe Richter  
Deutscher Hochseefischerei-Verband e. V.  
0170 5862231